

Betreff:

Kommunalwahlen am 13. September 2026

Antragstellende:

Wahlstab und Kreissprecher*innenrat des KV Göttingen/Osterode

Antrag:

Die Kreismitgliederversammlung möge den folgenden Text als Wahlprogramm des Kreisverbandes für die Wahlen zum Stadtrat Göttingen beschließen.

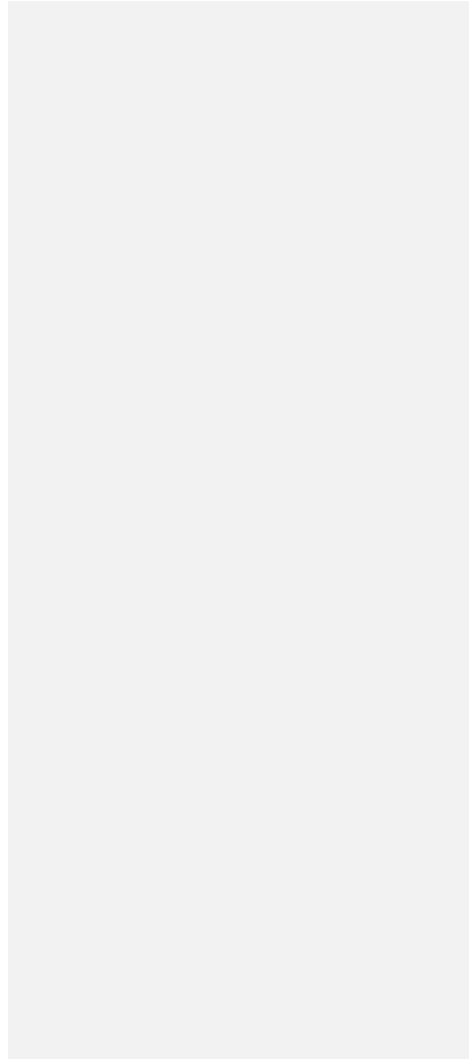
Göttingen ist unser Zuhause.

Radikal sozial.

Klar ökologisch.

Konsequent antifaschistisch.

Programm der Partei Die Linke
für den Stadtrat in Göttingen



Unsere Vision: Eine Stadt, in der wir gut und gerne leben die sich um alle Menschen sorgt	4
1. Wohnen: Eine Stadt für die Mieter*innen – nicht für Investoren	7 ⁹
2. Menschen und Umwelt vor der Erderhitzung schützen: Sozial-ökologische Wende für Göttingen	10 ¹¹
3. Für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik	13 ¹⁴
4. Für gute Arbeit, höhere Löhne und die Stärkung kommunaler Betriebe	15 ¹⁷
5. Finanzen und Wirtschaft mit Zukunft: Für eine Stadt, die investiert	17 ¹⁹
6. Sozialen Antifaschismus stärken	20 ²³
7. Für eine solidarische Gesundheitsversorgung	21 ²⁴
8. Gute, zuverlässige und bezahlbare Kinderbetreuung	23 ²⁶
9. Für eine gute Bildung für alle – von Beginn an	25 ²⁸
10. Jugend ernst nehmen und Räume schaffen	28 ³¹
11. Sportvereine stärken	30 ³³
12. Für eine demokratische Kulturförderung	32 ³⁵
13. Feministische Stadtplanung	34 ³⁷
14. Abschiebungen verhindern, Ankommen und Teilhabe fördern	36 ³⁹
15. Inklusiver Stadt	38 ⁴¹
Wem gehört die Stadt? Für eine Stadt(entwicklung) mit und für die Bürger*innen	39 ⁴²

1 **Unsere Vision: Eine Stadt, in der wir gut und gerne le-**
 2 **ben, die sich um alle Menschen sorgt.**

3
 4 Viele von uns haben einen fordernden Alltag. Ob als Pflegekraft,
 5 Busfahrerin, Verkäuferin oder Angestellter in der Verwaltung:
 6 Mit unserer Arbeit halten wir Göttingen am Laufen. Neben dem
 7 Job kümmern wir uns um andere, unterstützen uns gegenseitig,
 8 versuchen berufliche und familiäre Verpflichtungen unter ein-
 9 nen Hut zu bekommen. Wir geben jeden Tag unser Bestes, da-
 10 mit unsere Liebsten gut leben können.

11 Viele **Menschen** engagieren sich noch zusätzlich ehrenamtlich
 12 **oder im persönlichen Umfeld** dafür, dass es anderen besser
 13 geht – ob als Feuerwehrmann, Betriebs- oder Personalrat, Train-
 14 erin im Sportverein, in einer Klimainitiative oder unterstütz-
 15 end für Menschen, die bei uns Schutz suchen. Zusammenhalt
 16 macht stark. Eigentlich.

17 Denn zugleich stehlen sich **die Göttinger** Verwaltung und Politik
 18 aus der Verantwortung. **Politische-Ihre Entscheidungen** er-
 19 schwern unser Leben und stellen gesellschaftlichen Zusam-
 20 menhalt auf die Probe. Wenn Menschen keine bezahlbare
 21 Wohnung mehr finden, in ihrem Job für einen schlechten Lohn
 22 ausgebeutet werden, wenn Kindern Chancen verbaut statt er-
 23 öffnet werden, wenn man ein halbes Jahr auf einen Arzttermin
 24 warten muss, wenn Busse wegen Personalmangels nicht fahren
 25 können und man in jeder Hinsicht abgehängt wird – dann ent-
 26 steht zu recht Frust. Auf diese Unzufriedenheit setzen rechte
 27 Parteien, die mit Sündenbock-Politik und Hetze unsere Gesell-
 28 schaft spalten.

29 Wir kämpfen gegen Hetze und Spaltung, aber auch gegen die
 30 Ursachen von berechtigter Enttäuschung. Wir setzen uns des-
 31 wegen für eine Stadt ein, die für die Menschen sorgt. Eine Stadt,
 32 in der nicht ein paar wenige ihre Zäune immer höher ziehen,

Kommentiert [KD1]: ÄA 3 von Patrick Mielke, vom Antragsteller übernommen; wird im Inhaltsverzeichnis noch angepasst

Kommentiert [KD2]: ÄA 1a von Patrick Mielke; ersetze diese Zeilen durch:

Wir alle wünschen uns eine Stadt, in der unsere Liebsten und wir selbst ein gutes Leben führen können. In dieser Stadt ist das Leben bezahlbar und niemand wird ausgebeutet. Unsere Kinder gehen auf gute Kitas und Schulen. Unsere Eltern und Großeltern sind gut versorgt. Alle erhalten die Unterstützung, die sie benötigen. Es gibt ausreichend Parks, Grünflächen und saubere Luft für uns alle. So können wir uns erholen, gesund leben und vor der Erderhitzung schützen.

Die allermeisten von uns tun schon heute enorm viel, um Göttingen als lebenswerten Ort zu erhalten und zu verbessern. Denn die Stadt entsteht nicht von selbst. Sie lebt von den Menschen, die hier wohnen. Die ihren Alltag miteinander teilen. Die füreinander da sind. Die die Stadt mit Leben füllen.

Von Menschen, die den Wohlstand der Stadt tatsächlich erarbeiten, durch bezahlte und unbezahlte Arbeit. Von denen, die Schichten schieben, – ob als Pflegekraft, Busfahrerin, Verkäufer oder Angestellte –, die sich kümmern, pflegen, ausbilden, zuhören. Und von denen, die sich zusätzlich noch ehrenamtlich engagieren. In Vereinen. In sozialen und politischen Initiativen. In Kultur- oder Bildungseinrichtungen. Zusammenhalt macht stark! Eigentlich.

Kommentiert [KD3]: ÄA 1b von Patrick Mielke in dieser Form teilübernommen vom Antragsteller

33 während immer mehr sich das Leben nicht mehr leisten können
 34 — sondern eine Stadt, in der starke Schultern mehr tragen. Göt-
 35 tingen braucht eine radikal andere Politik, die in Infrastruktur
 36 und somit in die Zukunft investiert, statt bei denen zu sparen,
 37 deren Leben sich ohnehin schon wie ein Hamsterrad anfühlt.
 38

39 **Wir wollen eine Stadt, in der alle gut und sicher, frei und ge-
 40 sund leben können:**

- 41 • weil Mieten, Kitas und der Nahverkehr bezahlbar sind und
 42 sich niemand darüber Sorgen machen muss;
- 43 • weil alle ein Zuhause und eine Heimat finden können – unab-
 44 hängig von Herkunft oder Pass;
- 45 • weil Arbeit besser bezahlt und niemand mehr ausgebeutet
 46 wird;
- 47 • weil es genügend Ärztinnen, Ärzte und Krankenhäuser gibt,
 48 um gut behandelt zu werden;
- 49 • weil die Ganztagsbetreuung an Schulen gesichert ist, damit
 50 Eltern arbeiten und Kinder gut lernen können;
- 51 • weil alle Kinder in Kitas und Schulen ein kostenfreies Mittag-
 52 essen erhalten und Familien finanziell entlastet werden;
- 53 • weil es Kulturzentren, Theater und Freiräume gibt, in denen
 54 wir uns begegnen und eine gute Zeit haben können;
- 55 • und weil wir konsequent gegen die Erderhitzung kämpfen und
 56 uns für eine gesunde Umwelt für alle einsetzen.

57
 58 Die nächsten fünf Jahre werden entscheidend sein für unsere
 59 Heimatstadt. Wir wollen Göttingen gemeinsam mit euch zu ei-
 60 ner Vorreiterin für eine am Gemeinwohl orientierte und für alle
 61 bezahlbare Stadt, eine sozial faire Klimapolitik und einen enga-
 62 gierten Kampf gegen den Faschismus machen. Das alles gehört
 63 zusammen.
 64

Kommentiert [KD4]: ÄA 2 von Patrick Mielke,
 vom Antragsteller übernommen

65 **Deshalb treten wir erstmals eigenständig als Die Linke bei den**
 66 **Stadtratswahlen an.** Wir wollen Verbündete für alle sein, die
 67 sich mehr soziale Gerechtigkeit wünschen und einen Stadtrat
 68 sowie eine Verwaltung, die zuhören und das umsetzen, was sie
 69 versprechen. Viele andere Parteien haben die Menschen, **die**
 70 **Göttingen am Laufen halten,** politisch verlassen oder vergessen.
 71 Ihre Entscheidungen zulasten der Bürgerinnen und Bürger ver-
 72 kaufen sie als alternativlos, dabei sind unsere Lebens- und Ar-
 73beitsbedingungen sehr wohl Ergebnis politischen Willens und
 74 Handelns – und damit auch veränderbar.

75
 76 **Wir als Linke machen anders Politik.** Wir sind vor Ort. Wir bie-
 77 ten zum Beispiel eine kostenlose Nebenkosten- und Mieten-In-
 78 fosprechstunde an, organisieren Hausaufgabenhilfe für Kinder
 79 und unterstützen konkret im Alltag. Wir stärken denen den Rü-
 80 cken, die sich gegen Missstände zur Wehr setzen.
 81 Für dieses Wahlprogramm haben wir zwischen November 2025
 82 und April 2026 viele Göttinger*innen gefragt, welche Sorgen sie
 83 umtreiben und was sich in unserer Stadt dringend ändern muss.
 84 Wir haben Haustürgespräche geführt, soziale Einrichtungen
 85 und Belegschaftsvertreter*innen aufgesucht und einen kom-
 86 munalpolitischen Ratschlag organisiert, bei dem Menschen zu
 87 Wort kamen, die sich für ein sozialeres, gerechteres und ökolo-
 88 gischeres Göttingen engagieren. **Dieses Programm ist für alle,**
 89 **die uns von ihren Sorgen, Hoffnungen und kleinen Träumen**
 90 **erzählt haben. Es enthält die wichtigsten Projekte und Forde-**
 91 **rungen, auf die wir uns in den nächsten fünf Jahren konzent-**
 92 **rieren wollen.**

93

Kommentiert [KD5]: ÄÄ 1c von Patrick Mielke,
 teilübernommen vom Antragsteller (Ergeb-
 nis ist Kompromiss)

1. Wohnen: Eine Stadt für die Mieter*innen – nicht für Investoren

Nirgendwo verbringt man so viel Zeit wie in den eigenen vier Wänden. Wir wollen daher nicht nur eine bezahlbare, sondern auch lebenswerte Wohnung haben. Lange Zeit galt der Grundsatz, dass man nicht mehr als ein Drittel seines Einkommens für Miete ausgeben sollte. Davon sind wir weit entfernt.

Göttingen gehört zu den Städten mit den höchsten Mietsteigerungen. Seit 2012 sind die Mieten um mehr als 75 Prozent erhöht worden. Familien, Studierende, Rentner*innen und andere einkommensschwache Haushalte finden keinen bezahlbaren Wohnraum mehr. Für Sozialwohnungen oder Genossenschaftswohnungen gibt es jahrelange Wartezeiten. Kein Wunder: Der Bestand an Sozialwohnungen in Göttingen wurde in den letzten rund 30 Jahren um etwa 77 Prozent verringert.

Stadtverwaltung, CDU, SPD und Grüne setzen dabei auf Symbolpolitik und Profite für Investoren wie Vonovia oder Adler Group. Mit dem Ergebnis, dass Göttinger*innen in Randbezirke abgedrängt werden und die Stadt ihre soziale Durchmischung verliert.

Wir wollen eine Stadt, in der allen bezahlbarer, guter Wohnraum zur Verfügung steht – ohne Spekulation, jenseits der Profitlogik. Boden ist keine Ware, sondern Grundlage für ein solidarisches Zusammenleben. Sozialwohnungen müssen verdoppelt, Mieten gedeckelt werden, und die Stadt ihr Steuerungsrecht wahrnehmen. Wohnen ist Daseinsvorsorge, keine Kapitalanlage. Dafür braucht es einen radikalen Kurswechsel.

Unsere Vorhaben und Forderungen sind:

- 124 • Die Stadt muss Wohnungen zurückkaufen und Re-
125 kommunalisierung fördern, über einen Re-kommu-
126 nalisierungsfonds und die Stärkung der Eigenkapi-
127 talbasis der städtischen Wohnungsbau können jähr-
128 lich so 500 bis 1000 Wohnungen in den städtischen
129 Bestand übergehen und günstig vermietet werden.
- 130 • Wir stärken den genossenschaftlichen Wohnungs-
131 bauunternehmen den Rücken und setzen uns für
132 eine stärkere städtische Unterstützung ihrer Aktivi-
133 täten ein.
- 134 • Wir wollen Boden dem Markt entziehen, keine Flä-
135 chen mehr verkaufen, sondern in den Händen der
136 Kommune halten und nur noch über Erbbaurecht 99
137 Jahre vergeben, verbunden mit strengen Auflagen
138 (Sozialbindung, Klimastandards); ein Bodenfonds
139 soll perspektivisch zwei Drittel der Göttinger Flä-
140 chen in kommunale Hand bringen.
- 141 • Wir wollen das Vorkaufsrecht systematisch nutzen
142 und Privatisierungen stoppen.
- 143 • Wir wollen Mietwucher stoppen, indem wir einen
144 qualifizierten Mietspiegel einführen, auf dessen
145 Grundlage gegen unbegründete Mieterhöhungen
146 vorgegangen werden kann.
- 147 • Dazu braucht es eine städtische Melde- und Be-
148 schwerdestelle gegen Mietwucher und ausreichend
149 Personal, das gegen Missstände vorgehen kann.
- 150 • Gegen Leerstand wollen wir proaktiv vorgehen, z.B.
151 indem wir die Grundsteuer C gegen spekulativen
152 Leerstand einführen und die Zweckentfremdungs-
153 satzung verlängern. Die Verwaltung soll proaktiv
154 Leerstand aufspüren, so können wir bis zu 1.500 zu-

- 155 sätzliche Wohnungen schaffen, wie eine unabhän-
156 gige Studie gezeigt hat
- 157 • Wir setzen uns für eine dauerhafte Sozialbindung
158 von Wohnungen ein sowie für eine Quote von 50
159 Prozent Sozialwohnungen bei Neubauten und Ver-
160 dopplung auf 2.400+ Sozialwohnungen in Göttingen.
 - 161 • Wir wollen gemeinnützige Initiativen von Menschen
162 unterstützen, die Häuser für soziale Wohnprojekte
163 kaufen wollen.
 - 164 • Wir wollen Housing-first-Projekte gegen zuneh-
165 mende Wohnungslosigkeit unterstützen, insbeson-
166 dere für wohnungslose FLINTA.
 - 167 • Wir setzen uns für energetische Sanierung im kom-
168 munalen und genossenschaftlichen Wohnungsbe-
169 stand ein.
- 170
- 171 Göttingen gehört seinen Bürger*innen – nicht den Investoren.
172 Wir kämpfen für eine Stadt, in der Wohnen bezahlbar ist, Bo-
173 den gemeinwohlorientiert genutzt wird und alle ein Zuhause
174 haben.

2. Menschen und Umwelt vor Erderhitzung schützen: Sozial-ökologische Wende für Göttingen

Wir alle wollen in einer Stadt leben, die keine Betonwüste, sondern von einer gesunden Umwelt geprägt ist. Wir wollen saubere Luft und Orte zum Abschalten. Wir wollen die Jahreszeiten genießen und uns vor extremer Hitze schützen. Wir wollen unsere Umwelt für unsere Kinder und Enkel erhalten.

Trotz ambitionierter Ziele wie Klimaneutralität bis 2040 leidet Göttingens Umweltpolitik unter mangelnder Umsetzung. Klimaziele bleiben bloße Absichtserklärungen, da verbindliche CO₂-Budgets und Klimafolgenabschätzungen für Projekte fehlen. Die Verantwortung ist zwischen Fachbereichen zersplittert, während Autoverkehr weiterhin dominiert und die Umsetzung des Radentscheids stockt. Der ÖPNV ist unattraktiv, teuer und sozial selektiv, was einkommensschwache Haushalte besonders belastet. Klimaschutzmaßnahmen wie energetische Sanierung führen oft zu Verdrängung oder belasten Mieter*innen, statt soziale Gerechtigkeit zu stärken. Grünflächen stehen unter Nutzungsdruck, und Klimaanpassung wird getrennt von sozialer Stadtentwicklung gedacht. Statt in Infrastruktur zu investieren, setzt die Verwaltung auf Sparpolitik, was langfristige ökologische, soziale und finanzielle Probleme verschärft. Demokratische Beschlüsse wie der Radentscheid werden nicht konsequent umgesetzt, Transparenz und öffentliche Kontrolle fehlen.

Wir müssen alles uns Mögliche tun, um die Klimakrise zu bekämpfen und uns vor den Folgen der Erderhitzung zu schützen. Aber dabei müssen alle mitgenommen werden und ein nachhaltiges, Klima schützendes Leben muss bezahlbar sein. Darum setzen wir uns für eine sozial faire Klimapolitik ein, die nicht auf

207 Kosten von Armutsbetroffenen, Geringverdiener*innen, Arbeiter*innen und Rentner*innen geht.

208
209 Der „Klimaplan 2030“ der Stadt und das darin gesetzte Ziel,
210 Göttingen bis 2030 klimaneutral zu machen, wird ein Schwerpunkt für unsere Arbeit im Stadtrat sein; Klimaschutz soll
211 Chef*innen-Sache sein, indem es eine klare politische Steuerung gibt. Soziale und ökologische Interessen dürfen dabei
212 nicht gegeneinander ausgespielt werden.
213
214

215

216 Im Stadtrat wollen wir eintreten für:

217

218 • ein verbindliches kommunales CO₂-Budget, dessen Einhaltung bei allen Ratsbeschlüssen geprüft werden muss;

219 • jährliche öffentliche Klimaberichte mit Soll-Ist-Vergleichen;

220 • Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe mit klarer Zuständigkeit;

221 • die Beendigung von Flächenversiegelung zugunsten innenstadtnaher, flächensparender Entwicklung sowie die Entsiegelung von Böden und prioritäre Begrünung in dicht bebauten Quartieren;

222 • mehr öffentliche grüne Plätze mit Bäumen, Bänken und Spielgeräten;

223 • kostenfreie Trinkwasserbrunnen im öffentlichen Raum;

224 • schattige Aufenthaltsorte, verbindliche Baumschutzsatzungen und sozial-ökologisch gestaltete Hitzeschutzpläne.

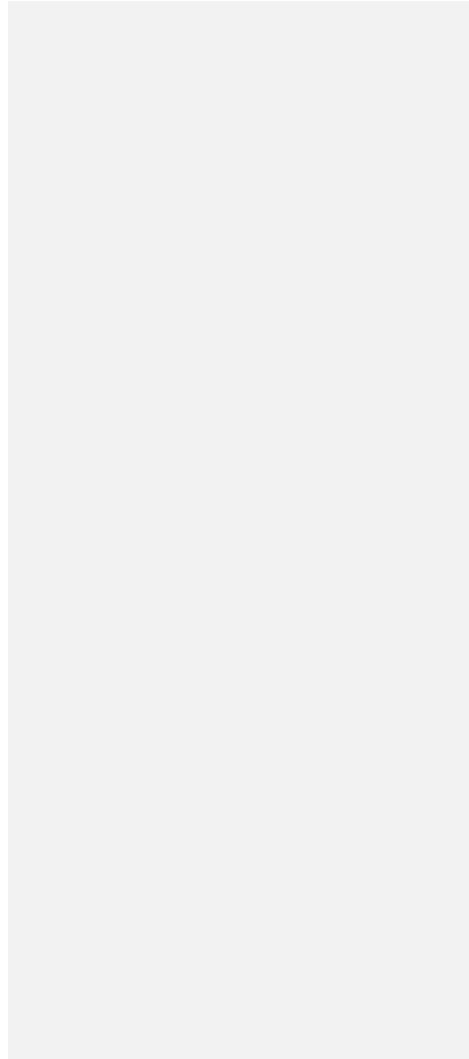
225 • den flächendeckenden Ausbau von Photovoltaik auf kommunalen Dächern;

226 • die Nutzung von Abwärme für Nahwärme und den Schutz vor Stromsperrern;

227 • kommunale Programme gegen Energiearmut sowie die

228

- 239 Stärkung der Stadtwerke als sozial-ökologische Akteure.
240 • die konsequente Umsetzung demokratisch beschlosse-
241 ner Bürgerentscheide; transparente Priorisierung und
242 regelmäßige Quartiersforen.
243



3. Für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik

Wir alle müssen jeden Tag Wege zurücklegen: zur Arbeit, zum Einkaufen, zur Schule unserer Kinder oder zum Sportverein, zum Arzt oder um Angehörige zu besuchen.

Das Verkehrsangebot in Göttingen und in der Region ist daher für alle Menschen wichtig. Hierzu gehört ein gut ausgebauter Nahverkehr, der bezahlbar für alle ist, einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz leistet und den Beschäftigten gute Löhne und Arbeitsbedingungen bietet.

Soziale und ökologische Verkehrspolitik muss sich an den Bedürfnissen von Fußgänger*innen und Radfahrenden orientieren und die Grundlagen schaffen, das Auto möglichst oft stehenlassen zu können. Denn weniger Autoverkehr ist gut für die Verkehrssicherheit, für die Gesundheit der Menschen und für den Schutz vor der Erderhitzung. Das ist aber nur realistisch, wenn beispielsweise die Busse öfter und zuverlässig fahren, die Stadtteile untereinander und die Orte im Umland gut angebunden sind.

Wir werden uns im Stadtrat dafür einsetzen:

- dass der Radentscheid konsequent umgesetzt und ein sicheres Radverkehrsnetz auf den Hauptachsen ausgebaut wird;
- dass Tempo-30-Zonen und Verkehrsberuhigung in Wohnquartieren eingeführt werden;
- dass Parkraum zugunsten von Grün- und Aufenthaltsflächen umgewidmet wird;
- dass der ÖPNV nicht weiter kaputtgespart, sondern ausgebaut wird;
- dass die Linienplanung und Fahrzeiten an die echten Bedarfe der Bürger*innen angepasst werden bspw. an die

- 276 Schichtdienstzeiten des UMG und es zu Stoßzeiten zu ei-
277 ner Taktverdichtung kommt;
- 278 • dass die eingemeindeten Dörfer und der Landkreis bes-
279 ser und zuverlässig an den ÖPNV angebunden werden;
 - 280 • dass der Göttinger Nahverkehr vollständig auf E-Busse
281 umgestellt wird;
 - 282 • dass ein Park+Ride-System eingeführt wird, damit Pend-
283 ler*innen ihr Auto an der Stadtgrenze stehen lassen
284 können und die Stadt autofreier wird, mit Ausnahmen
285 für öffentlichen Nahverkehr, Lieferverkehr und Men-
286 schen mit Beeinträchtigungen;
 - 287 • dass die Busfahrer*innen besser bezahlt werden und
288 bessere Arbeitsbedingungen bekommen;
 - 289 • dass Busfahren für die Bürger*innen kostenlos wird und
290 im ersten Schritt die Ticketpreise deutlich günstiger
291 werden;
 - 292 • dass Fahrradinfrastruktur ausgebaut wird: mehr Fahr-
293 radparkhäuser, überdachte und sichere Abstellmöglich-
294 keiten bspw. an Nahverkehr-Haltestellen;
 - 295 • dass Schul- und Alltagswege sicher gemacht werden:
296 Vorrang für Fuß- und Radverkehr an Kreuzungen, mehr
297 Zebrastreifen, sichere Querungen an Hauptstraßen;
 - 298 • dass Einwohner*innen an der Umgestaltung von Stra-
299 ßen und Plätzen beteiligt werden.
- 300
301

4. Für gute Arbeit, höhere Löhne und die Stärkung kommunaler Betriebe

Als Arbeitende wollen wir gute Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Dies gilt auch für diejenigen, die für die Stadt arbeiten. Hierzu brauchen wir starke kommunale Betriebe, die eine Vorreiterrolle für gute und sichere Arbeitsbedingungen übernehmen müssen – seien es die städtischen Kitas, die Göttinger Verkehrs- oder Küchenbetriebe, die Göttinger Werkstätten oder die städtische Verwaltung als großer Arbeitgeber. Die Stadt nutzt ihre Möglichkeiten für gute Löhne, Arbeitsbedingungen und Personalplanung jedoch nicht. Stattdessen spart sie an Personal, setzt teils auf prekäre Verträge und mttet ihren Beschäftigten eine hohe Arbeitszeitverdichtung zu, was zu Überlastung und krankheitsbedingten Ausfällen führt.

Im Stadtrat werden wir daher:

- für eine Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand eintreten. Energie, Wasser und Abfallentsorgung sind Grundrechte, die nicht auf Kosten der Angestellten sowie der städtischen Bevölkerung privatisiert, ausgelagert und einer Gewinnmaximierung unterworfen werden dürfen.
- Ausgliederungen, Leiharbeit oder prekäre Beschäftigung in kommunaler Verantwortung unterbinden;
- darauf drängen, dass die Tarifbindung in allen kommunalen Betrieben sicher und konsequent angewendet wird;
- Tariftreue und gute Arbeitsbedingungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen einfordern;

- 333 • eine Entlastung der Beschäftigten in kommunalen Be-
334 trieben und der Verwaltungen anstreben, indem wir
335 mehr Personal einstellen und der derzeit stattfinden-
336 den Arbeitsverdichtung entgegenwirken;
- 337 • für die Stärkung von Personal- und Betriebsräten und
338 gewerkschaftliche Mitbestimmung eintreten, u.a.
339 durch ein Betriebsräte- und Gewerkschaftsforum der
340 Stadt, bei dem diese sich einmal im Jahr mit Beleg-
341 schäftsvertreter*innen dazu berät, was besser werden
342 muss in Göttingen;
- 343 • an der Seite von Beschäftigten für bessere Arbeitsbe-
344 dingungen und höhere Löhne kämpfen.
345

5. Finanzen und Wirtschaft mit Zukunft: Für eine Stadt, die investiert

Wir alle wollen uns auf die Infrastruktur der Stadt verlassen können – egal ob Straße, Schule, Bus oder Gesundheitsversorgung. Göttingen brüstet sich gerne mit seinem Potenzial: Hochschulen und Gesundheitssektor als größte Arbeitgeber, viele starke Kleinbetriebe, Selbstständige und Start-ups, ein abwechslungsreiches kulturelles und Naherholungsangebot – kurz: eine vielfältige Stadtgesellschaft. Die Eine kluge Finanz- und Wirtschaftspolitik Göttingens muss erhält die Grundlagen diese der Göttinger Stadtgesellschaft stärken und baut sie weiter aus: sozial, gemeinnützig und nachhaltig.

Die Sparpolitik der anderen Parteien führt nicht nur zu einer zerfallenden Infrastruktur, und somit auch zu drohender Abwanderung von Unternehmen und Arbeitskräften. Sie lässt vor allem auch die Lebensqualität der Menschen, die hier wohnen, spürbar sinken. Sie führt zu Politikverdrossenheit und sozialer Verzweiflung. Wer an diesen Stellen spart, treibt die Menschen in die Arme der AfD und anderer rechter Kräfte.

Die Linke will das ändern. Göttingen steht an einem Scheideweg. Entweder wir setzen weiter auf Sparen-Kürzen und Verfall, um kurzfristig die Bilanzen zu schönen – oder wir investieren in eine Stadt, die für alle lebenswert und sozial gerecht ist. Wir wollen einen Zukunftshaushalt, der Bildung, Soziales, Kultur und Ökologie priorisiert und damit langfristig den Etat entlastet.

Im Stadtrat werden wir uns einsetzen für:

- Investitionen mit Vorrang für Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Gleichstellung, Kultur, Sport und Teilhabe statt Kürzungen bei Pflichtaufgaben; Planbarkeit für Jugendhilfe und soziale Projekte.

Kommentiert [KD6]: AA1 Roman Goldbach, markierte Stelle ändern in: „hat ein tolles“

Kommentiert [KD7]: AA2 von Roman Goldbach; Neumformulierung des Satzes

Kommentiert [KD8]: AA3 von Roman Goldbach

Ersetze den ganzen Absatz sowie den letzten Absatz unter den Forderungen durch: Doch die Göttinger Finanzpolitik steht vor zwei großen Problemen: Das erste Problem ist, dass Bundes- und Landesregierungen in den letzten Jahren Städte und Landkreise ausgeblutet haben: Sie geben ihnen Pflichtaufgaben, aber zu wenig Geld, um diese Aufgaben zu erfüllen. Die Oberbürgermeisterin der SPD hat dies, zusammen mit CDU und FDP und zuletzt auch mit Duldung der Grünen, ohne echten Widerstand hingenommen. Statt mit der Landesregierung um einen fairen Finanzausgleich zu ringen, schafft sie aus Angst vor dem Konflikt das zweite Finanzproblem unserer Stadt: sie vergrößert die Ungleichheit, denn sie nimmt von der Gemeinschaft und der Mehrheit der Menschen in der Stadt. Seit Jahren verkauft Göttingen seine Substanz, kürzt beim Erhalt der Infrastruktur und bei den Menschen. Die Stadt privatisiert Bauland und Wohnraum und die Daseinsvorsorge. Private Investoren, vor allem Immobilieninvestoren, werden unterstützt. Großen Konzerne und reiche Göttinger:innen können weiter von der Stadtgesellschaft nutzen, ohne ihren fairen Beitrag zu leisten. Und für die Mehrheit werden die Abgaben erhöht, Busse gestrichen, bezahlbarer Wohnraum aufgegeben, Kinderbetreuung und Schulen vernachlässigt.

Was die anderen Göttinger Parteien als unvermeidliche Kürzungspolitik verkaufen...

Kommentiert [KD9]: Einfügung bei Annahme von AA 3 von Roman Goldbach

- 378 • Entschuldung statt Sparprogramme: Das Land Nieder-
379 sachsen muss die Kommunen finanziell entlasten, Auf-
380 gabenübertragung von Bund und Land auf die Komm-
381 unen muss vollständig finanziert werden, und zwar dau-
382 erhaft.
- 383 • Boden, Daseinsvorsorge und Wohnungen in kommun-
384 aler Hand – statt Privatisierung und Verkauf an Investo-
385 ren.
- 386 • Steuergerechtigkeit für Göttingen, indem besonders
387 wohlhabende Menschen und Unternehmen Verantwor-
388 tung übernehmen und zur Finanzierung des Zukunfts-
389 haushalts beitragen – denn sie profitieren auch am
390 meisten von einer soliden Stadtgesellschaft und Infra-
391 struktur;
- 392 • Eine Prüfung aller kommunalen Möglichkeiten für die
393 Staffelung von Steuern und (Sonder-)Abgaben, darunter
394 die Staffelung der Grundsteuer auf Gewerbeflächen für
395 Großunternehmen sowie der Grundsteuer auf Wohnim-
396 mobilien über 1 Mio. € und eine Leerstandsabgabe;
- 397 • Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, wie es Die
398 Linke bundesweit konsequent fordert: für Göttingen
399 wären das ca. 40 Mio. Euro, jedes Jahr!
- 400 • eine an gute und tarifgebundene Arbeitsplätze gekop-
401 pelte Wirtschaftsförderung, Unterstützung von Genos-
402 senschaften und solidarischen Wirtschaftsmodellen,
403 und Beratungsangebote für Betriebsübernahmen durch
404 Beschäftigte;
- 405 • Betriebe, die auf nachhaltige, gesellschaftlich notwen-
406 dige Produktion umstellen – statt Abhängigkeit von Rüs-
407 tungsindustrie oder Spekulation herzustellen;
- 408 • Ein Gründer:innenzentrum für kollektive und gemein-
409 wohlorientierte Projekte.

- Transparenz und Mitbestimmung und öffentliche Beratungen aller finanzwirksamen Entscheidungen in Räten und Ausschüssen sowie einfache, verständliche Haushaltsberichte für Bürger:innen.

Linken wird in der Regel unterstellt, keinen Sinn für eine funktionierende Wirtschaftspolitik zu haben. Die Realität zeigt jedoch, dass die regierenden Parteien offensichtlich nicht in der Lage sind, gesellschaftliche Umverteilung im Interesse der Mehrheit zu organisieren. Sie machen Politik im Interesse weniger und hinterlassen uns große Schuldenberge. Ein Haushalt, der nur noch durch Kürzungen zusammengehalten wird, ist kein Haushalt mehr – er ist ein Notstand – und so fühlt sich das Leben darunter dann auch an.

Wir treten dagegen für eine Finanz- und Wirtschaftspolitik ein, die das Leben der arbeitenden Bevölkerung leichter macht – sozusagen eine linke Standortpolitik für die Menschen. Dazu gehören bezahlbarer Wohnraum, zuverlässiger Nahverkehr, gute Kinderbetreuung und vieles mehr.

Kommentiert [KD10]: Siehe oben, entfällt bei Annahme von ÄA 3 Roman Goldbach

6. Sozialen Antifaschismus stärken

Eine Stadt, die sich um die Menschen sorgt, muss sich gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus positionieren. Während einige spalten und hetzen, halten wir zusammen. Die neuen Faschist*innen werden wir nur zurückdrängen, wenn wir zwei Wege gleichzeitig gehen:

- Erstens müssen wir die sozialen und grundlegenden Ursachen bekämpfen, die Menschen zu AfD und Co. treiben: Armut, soziale Unsicherheit, eine kaputte Verwaltung, fehlende Ärzt*innen, Parteien und Politiker*innen, von denen sich die Menschen vergessen und verlassen fühlen. Antifaschismus heißt für uns auch antifaschistische Finanz- und Wirtschaftspolitik: Kein Sozialabbau, sondern Investitionen: Vorrang für Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Gleichstellung, Kultur, Sport und Teilhabe.
- Zweitens wollen wir antifaschistische Bildung und antifaschistisches Engagement stärken. Wir werden uns darum für die Einrichtung eines städtischen Fördertopfs einsetzen, aus dem antifaschistische Bildungsprojekte zuverlässig Mittel beantragen können.
- Außerdem werden wir vorschlagen, den „Alexander Selchow-Preis“ für herausragendes antifaschistisches Engagement einzuführen. Der Antifaschist Alexander Selchow wurde 1991 in Rosdorf von Neonazis ermordet. Erinnern heißt kämpfen!

7. Für eine solidarische Gesundheitsversorgung

Wir alle haben mehr Freude am Leben und können uns besser einbringen, wenn wir gesund sind. Und wenn wir krank werden, wollen wir uns auf eine zuverlässige, wohnortnahe Versorgung und Behandlung verlassen können. Hier gibt es viel zu tun.

Nicht nur, dass es mangels Einrichtungen schwer ist, einen Arzttermin zu erhalten, die Wege sind zudem oft lang. Dabei ist eine wohnortnahe Versorgung für Jung und Alt unheimlich wichtig. Gerade für Eltern mit Kindern oder Rentner*innen bedeuten lange Wege eine zusätzliche Belastung. Dabei sind insbesondere Gebiete wie die Weststadt, Grone oder Holtenser Berg schlecht mit Fachärzten ausgestattet, was soziale Ungleichheiten zusätzlich verstärkt.

Ein anderes Beispiel ist die Hilfe für psychisch Erkrankte. Ihre Zahl ist in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen. Die Beschäftigten des Sozialpsychiatrischen Dienstes, die diesen Menschen helfen, sind völlig überlastet, weil nötiges Personal von der Stadt nicht eingestellt wird. Dabei wissen Betroffene, dass es ohnehin schwer ist, Termine für therapeutische und psychiatrische Hilfe zu bekommen.

Wir werden uns im Stadtrat einsetzen für:

- die sofortige Umsetzung des sozialen Zentrums Innenstadt in der alten JVA am Waageplatz, die von SPD, FDP und CDU blockiert wird – ohne zusätzliche (unnötige) Machbarkeitsstudie;
- die Einstellung von ausreichend Personal im Sozialpsychiatrischen Dienst und dass die Angebote gestärkt werden, Erkrankte brauchen fachlich gute Hilfe;
- den Ausbau akzeptanzorientierter Drogenpolitik und Vorsorge;

- 491 • den Aufbau oder die Stärkung sorgender Sozialzentren,
492 (inkl. kommunaler medizinischer Versorgungszentren in
493 öffentlicher Trägerschaft) in jedem Stadtteil;
- 494 • flächendeckende geburtshilfliche Versorgung, statt wei-
495 terer Kreissaalschließungen;
- 496 • die (Re)Kommunalisierung von Krankenhäusern und
497 Pflegeeinrichtungen sowie Ausbau und Stärkung des
498 Rettungsdienstes, insbesondere im ländlichen Raum;
- 499 • Alternativen zur gewinngetriebenen Gesundheitsin-
500 dustrie, wofür das Göttinger Gesundheitskollektiv ein
501 Beispiel ist.
- 502 • mehr Personal in Kliniken und Pflegeeinrichtungen; hö-
503 here Löhne und Tariffindung ambulant und stationär;
504 kommunale Programme für familienfreundliche
505 Schichtmodelle und Betreuungsangebote; hochwertige
506 Ausbildung mit mehr Anleitung und Lernzeiten.
- 507
- 508

8. Gute, zuverlässige und bezahlbare Kinderbetreuung

Als Eltern wünschen wir uns eine qualitativ gute, verlässliche und bezahlbare Betreuung für unsere Kinder. Grundvoraussetzung hierfür ist ein Arbeitsumfeld, in dem Fachkräfte fair bezahlt werden, gesund und sicher arbeiten und sich persönlich und beruflich weiterentwickeln können. Finanziell gut ausgestattete Kitas, Ganztagschulen und Horte mit ausreichend Personal tragen dazu bei, sowohl die Qualität der Betreuung zu gewährleisten als auch die Attraktivität des Berufsfeldes zu erhöhen.

In der Realität finden Beschäftigte nämlich häufig ein Arbeitsumfeld vor, dass durch Unterbesetzung, ein erhöhtes Arbeitspensum und eine hohe physische und psychische Belastung gekennzeichnet ist.

Zugleich brauchen Eltern wohnortnahe und bezahlbare Betreuungsplätze. Die derzeit in Göttingen erhobenen Gebühren sind jedoch die höchsten in ganz Niedersachsen. Hinzu kommen weitere Kosten für Verpflegung und die Inanspruchnahme von Randzeitenbetreuung, um Familie und Beruf vereinbaren zu können. Dies alles belastet Menschen mit geringen und mittleren Einkommen seit Jahren überdurchschnittlich und verfestigt soziale Ungleichheit. Wir setzen uns auf Landesebene dafür ein, dass es perspektivisch eine kostenfreie Kinderbetreuung auch für Kinder unter 3 Jahren gibt. Bis dahin sollte man Kita-Beiträge bei sehr hohen Einkommen nicht deckeln, um wiederum Bürger*innen mit geringen und mittleren Einkommen entlasten zu können.

Im Stadtrat werden wir dafür eintreten:

- dass es für alle Kinder in Kitas und Schulen ein kostenloses, gesundes Mittagessen gibt;

- 541
542
543
544
545
546
547
548
549
550
551
552
553
554
555
556
557
558
559
560
561
562
563
564
565
566
567
- dass die Randzeitenbetreuung ausgeweitet und Sondergebühren bei unteren Einkommensstufen abgeschafft werden, um allen Eltern eine bessere Organisation ihres Alltags zu ermöglichen. Dies darf jedoch nicht auf Kosten des Personals gehen und zu einer weiter steigenden Belastung führen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss auch für diejenigen gelten, die uns mit ihrer Arbeit den Rücken freihalten.
 - dass städtische Kitas mehr Personal erhalten und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Städtische Kitas müssen hier vorbildlich sein. Zugleich werden wir das städtische Stipendienprogramm für angehende Erzieher*innen ausbauen, um Unterbesetzung präventiv vorzubeugen;
 - dass die Angebote, mit denen die Kinder- und Jugendhilfe, die Schulen bei der Verwirklichung des Ganztags unterstützt, auskömmlich finanziert und verstetigt werden;
 - dass die Auseinandersetzung mit Kinderrechten sowie Ursachen und Wirkungen von Vorurteilen und Diskriminierung in städtischen Kindertageseinrichtungen zum pädagogischen Standard wird, damit unsere Kitas einen wertvollen Beitrag zur gleichberechtigten gesellschaftlichen Integration unserer Kinder und zur Verwirklichung von Inklusion leisten können, z.B. durch das Konzept der „vorurteilsfreien Bildung & Erziehung“.

9. Für eine gute Bildung für alle – von Beginn an.

568
569
570
571
572
573
574
575
576
577
578
579
580
581
582
583
584
585
586
587
588
589
590
591
592
593
594
595
596
597
598
599

Gesellschaftliche Teilhabe beginnt in der Kita mit dem spielerischen Erlernen sozialer und demokratischer Werte und setzt sich in der Schule fort.

Als Linke wollen wir eine „Schule für alle“, bei der Herkunft nicht über Zukunft entscheidet. Eine solche Gemeinschaftsschule ist ganztägig organisiert. In ihr ist Schulsozialarbeit etabliert und sie bietet alle Bildungsabschlüsse an. So können unsere Kinder mindestens bis zum Ende der 10. Klasse gemeinsam lernen und werden nicht wie heute bereits nach der vierten Klasse auf ein gegliedertes Schulsystem aufgeteilt, in dem soziale Ungleichheit und Bildungsungerechtigkeit fortgeschrieben werden.

Die Realität sieht jedoch anders aus. Auch die Göttinger Schulen müssen die strukturellen Probleme des Schulsystems bewältigen. Zugleich müssen sie, neben der Verwirklichung des Anspruchs auf Ganztagsbetreuung und inklusiver Beschulung einen Umgang mit bestehenden gesellschaftlichen Herausforderungen finden. So gibt es derzeit mehr Schüler*innen mit Förderbedarfen und Auffälligkeiten im sozial-emotionalen Verhalten sowie mehr Fälle von Mobbing und Gewalt. Unterstützende Strukturen wie Schulsozialarbeit und schulpsychologische Betreuung werden jedoch durch die Landesregierung nicht in ausreichendem Maße gewährleistet. Die Kommune kann wiederum die Schulen in ihrer Funktion als Schulträger und durch Angebote der Kinder- und Jugendhilfe unterstützen sowie Austauschprozesse zwischen den beteiligten Akteuren initiieren und koordinieren.

In Göttingen bewältigen die Gesamtschulen derzeit einen erheblichen Teil der Herausforderungen im Bildungssystem. Doch statt diese zu stärken und die Gymnasien stärker in die Pflicht

600 zu nehmen, haben sich SPD, CDU und FDP für eine Rückkehr
601 zum gegliederten Schulsystem durch den Aufbau einer neuen
602 Oberschule ab dem Schuljahr 2025/26 entschieden. Der Druck
603 auf die Gesamtschulen wird damit zwar reduziert, die Heraus-
604 forderungen der Schullandschaft aber nicht gelöst, sondern nur
605 auf eine neue, im Aufbau befindliche Schule verlagert.
606

607 Im Stadtrat werden wir uns dafür einsetzen:

- 608 • dass an den Schulen ausreichend Schulsozialarbei-
609 ter*innen beschäftigt werden und Schulpsycholog*in-
610 nen eng mit ihnen zusammenarbeiten. Hierfür stärken
611 wir das Programm *Lernen in Schule & Alltag* (LiSA).
612 Schulsozialarbeit soll an unseren Schulen gestärkt und
613 die Bedarfe der Schulen gedeckt werden, was in etwa
614 einer Vollzeitstelle pro 150 Schüler*innen entspricht;
- 615 • dass mehr Schulsozialpädagog*innen und weitere pädä-
616 gogische Fachkräfte Schüler*innen mit besonderen Be-
617 darfen unterstützen;
- 618 • dass darüber hinaus ein verbindlicher, dauerhafter und
619 gleichberechtigter struktureller Austauschprozess zwi-
620 schen allen an Bildungsprozessen in den Stadtteilen be-
621 teiligten Akteur*innen etabliert wird und Möglichkeiten
622 der gemeinsamen Weiterbildungen geschaffen werden.
623 Ein gemeinsames Verständnis entsteht durch verbindliche
624 Kooperation, Zeit für Austausch und klare Struktu-
625 ren;
- 626 • dass die Arbeitsbelastung von Lehrenden auch durch
627 die Einstellung von mehr Schulassistent*innen verrin-
628 gert wird, die Lehrkräfte bei der Vorbereitung und
629 Durchführung des Unterrichts, aber auch bei Organisa-
630 tions- und Verwaltungsangelegenheiten unterstützen;

- 631 • dass Inklusion in allen Bildungseinrichtungen verwirklicht wird. Hierzu gehört auf Seiten der Stadt, barrierefreie inklusive und kindorientierte Räume und Ausstattung bereitzustellen;
- 632
- 633
- 634
- 635 • dass die Sprachförderung in Kitas und Schulen bedarfsgerecht ausgebaut wird, insbesondere in sozio-ökonomisch benachteiligten und durch Zuwanderung geprägten Stadtteilen;
- 636
- 637
- 638
- 639 • dass unsere Grundschulen durch gute Räumlichkeiten und Ausstattungen unterstützt werden;
- 640
- 641 • dass alle Schüler*innen ein kostenfreies, gesundes Mittagessen erhalten;
- 642
- 643 • dass kostengünstige und wenn möglich kostenfreie Betreuungsangebote in Ferienzeiten wie Kinder- und Jugendfreizeiten und Tagesbetreuung ausgebaut werden.
- 644
- 645
- 646

10. Jugend ernst nehmen und Räume schaffen

Unsere Stadt muss sich um unsere Jugend kümmern, um allen eine gute Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu ermöglichen. Dafür werden wir nicht nur sorgen, indem wir uns zum Beispiel für ein kostenloses Schulmittagessen einsetzen. Wir wollen auch Orte für Jugendliche schaffen und erhalten, an denen sie – ohne Verzehr- und Konsumzwang – eine gute Zeit verbringen können. Göttingen hat jedoch kaum öffentliche Plätze, an denen Jugendliche Zeit verbringen können, ohne etwas kaufen zu müssen. Es fehlen zudem frei zugängliche Sportanlagen. Wir wollen Jugendzentren erhalten und stärken. Anbieter für Jugendarbeit – darunter neben der Jugendhilfe auch Einrichtungen wie Kore e.V., die Frauenbildung und Mädchenarbeit leisten, oder das Queere Zentrum – erfahren unsere Anerkennung und Unterstützung, weil junge Menschen dort ernstgenommen werden und lernen, ihren eigenen Weg zu erkunden.

Im Stadtrat setzen wir uns dafür ein:

- dass es keine Kürzungen städtischer Gelder für die Jugendarbeit und stattdessen einen perspektivischen Ausbau der Mittel gibt;
- dass Jugendzentren erhalten und gestärkt werden;
- dass Jugendarbeit langfristige und sichere Finanzierung erfährt, die den verschiedenen Projekten bessere Planbarkeit garantiert;
- dass es mehr öffentliche Orte gibt, an denen sich Jugendliche (auch zusammen mit älteren Bürger*innen) sportlich betätigen können, egal ob z.B. etwa durch 3x3 Basketballfelder oder überdachte Basketballanlagen oder sowie mehr Parcouranlagen und bessere Skateparks in der ganzen Stadt;

Kommentiert [KD11]: ÄA von Jan Philip Brese, durch den Antragsteller weitgehend übernommen (Kompromiss)

- 679 • dass es flächendeckende Freizeitangebote, unabhängig
680 vom Geldbeutel gibt;
- 681 • dass Beratungs- und Unterstützungsangebote für Ju-
682 gendliche in Krisen ausgebaut und gesichert finanziert
683 werden;
- 684 • dass das Jugendparlament eigenes Antrags- und Stimm-
685 recht in kommunalen Gremien bekommt.

Kommentiert [KD12]: Übernahme vom Antragsteller nach Rückmeldung von Hendrik Abel

11. Sportvereine stärken

Sport verbindet Menschen und schafft Gemeinschaft – gerade für Kinder und Jugendliche. In Göttinger Sportvereinen leisten Menschen tagtäglich unverzichtbare ehrenamtliche Arbeit: als Trainerin auf dem Rasenplatz, als Vereinsvorstand, als ehrenamtliche Helferin beim Spieltag. Ohne dieses Engagement wäre Göttingen ärmer. Damit Vereine das leisten können, brauchen sie verlässliche Bedingungen: beispielbare Plätze, offene Hallen, ausreichend Personal vor Ort.

Die Göttinger Sport und Freizeit GmbH (GöSF) betreibt im Auftrag der Stadt die Sportstätten – Hallen, Bäder und Sportplätze. Sie ist dabei selbst auf ausreichende kommunale Finanzierung angewiesen: Gestiegene Personal- und Energiekosten haben die GöSF in finanzielle Bedrängnis gebracht. Die Konsequenz erleben Vereine im Alltag: Platzwarte fehlen, Trainingszeiten fallen aus, Spieltage können nicht wie geplant stattfinden. Das ist kein Versagen einzelner, sondern Folge jahrelanger Unterfinanzierung, die von der Stadt beendet werden muss.

Im Stadtrat werden wir uns dafür einsetzen,

- dass die GöSF ausreichend und dauerhaft finanziert wird – damit Sportstätten, Bäder und Hallen für alle offen bleiben und nicht durch steigende Eintrittspreise zum Luxus werden.
- dass genug Platzwarte eingestellt und verlässlich eingeplant werden, sodass Vereine die Sportplätze für Training und Spieltage sicher nutzen können – ohne kurzfristige Ausfälle und ohne, dass Vereine gegeneinander ausgespielt werden.
- dass langfristig mehr Sportstätten gebaut werden, da-

- 717 mit die Vereine nicht um die wenigen kurzfristig verfüg-
718 baren Trainingszeiten konkurrieren müssen.
- 719 • dass die Göttinger Schwimmbäder erhalten und wo not-
720 wendig saniert werden, auch die Schwimmhalle der Uni-
721 versität und es ausreichend Möglichkeiten für alle Kin-
722 der gibt, frühzeitig das Schwimmen zu erlernen.
 - 723 • dass gemeinnützige Sportvereine bei der Vergabe von
724 Sportstätten Vorrang vor kommerziellen Anbietern ha-
725 ben. Öffentliche Anlagen wurden mit öffentlichen Mit-
726 teln gebaut – sie gehören zuallererst dem Vereinssport.
 - 727 • dass frei zugängliche Sportmöglichkeiten im Stadtgebiet
728 ausgebaut werden – von Basketballfeldern über Skate-
729 parks bis zu nutzbaren Sportflächen in den Stadtteilen.
730 Wer keinem Verein angehört, soll trotzdem Sport trei-
731 ben können.
 - 732 • dass Sport als Gesundheitsprävention stärker gefördert
733 wird – durch Kooperationen zwischen Vereinen, Kran-
734 kenkassen und sozialen Einrichtungen, damit auch Men-
735 schen mit geringem Einkommen, Rentner*innen und
736 Menschen mit Behinderungen aktiv am Vereinsleben
737 teilhaben können.
 - 738

12. Für eine demokratische Kulturförderung

Zu einem guten Leben gehört auch kulturelle Teilhabe – also die Möglichkeit, sich an Tanz, Musik, Theater, Film oder Kunst zu erfreuen oder ~~sich~~ diese Bereiche selbst mitzugestalten.

Aber Kultur ist noch viel mehr. Kulturarbeit ist ein zentraler Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft, weil sie Räume für Austausch, kritisches Denken und gesellschaftliche Debatten öffnet. Gerade in Zeiten, in denen demokratische Werte und eine offene Gesellschaft unter Druck stehen, kommt Kunst und Kultur eine besondere Bedeutung zu. Die Stärkung von Kulturarbeit gehört für uns deshalb unverbrüchlich zum Kampf für Vielfalt, gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form von Faschismus. Besonders wichtig sind uns deshalb Angebote für Kinder und Jugendliche und eine Kulturarbeit mit demokratischer und antifaschistischer Zielsetzung.

Die gute Nachricht ist: Göttingen hat eine vielfältige Kulturlandschaft – von großen Institutionen bis zur freien Szene, von Festivals bis zu soziokulturellen Initiativen. Wir wollen den **Kulturentwicklungsplan** der Stadt unter **Einbeziehung der Kulturschaffenden** stärken und ausbauen.

Wir wollen für die nötige Wertschätzung für die vielen Kulturschaffenden sorgen, die – ob im K.A.Z, im Jungen Theater, in der Musa, im Künstlerhaus, im Deutschen Theater, im Boat People Project oder vielen anderen Einrichtungen – unser Leben bereichern und zugleich oft unter unsicheren Bedingungen und für wenig Geld Kultur schaffen.

Im Stadtrat werden wir uns dafür **einsetzen**:

- dass eine langfristige Vision für die Kulturarbeit in Göttingen entwickelt wird. **D**azu gehört auch, das Budget

Kommentiert [KD13]: AA Florian Kautter, ersetze „den Kulturentwicklungsplan“ durch „die Kulturszene“.

Begründung: Der Kulturentwicklungsplan ist erst im werden. Daher passt das Wort hier nicht so ganz.

Kommentiert [KD14]: Im Folgenden bis Ende des Kapitels Übernahmen nach Rücksprache mit Florian Kautter

der Stadt für Kulturförderung zu sichern und perspektivisch zu erhöhen. Nötig sind sowohl mehrjährige, verlässliche Förderprogramme für Kultureinrichtungen, die steigende Kosten abdecken und gute Löhne und Gagen ermöglichen als auch Förderung für neue Projekte,initiativen;

- dass die freie Kulturszene strukturell gestärkt wird, etwa indem mehr bezahlbare Ateliers, Proberäume und offene Kulturoorte geschaffen werden und leerstehende Gebäude für kulturelle Nutzung öffnengeöffnet werden;
- dass Kultur fest in der Stadtentwicklung verankert wird und soziokulturelle Zentren stärker gefördert werden;
- dass Kulturangebote für alle Menschen – bspw. über den-einen kommunal finanzierten Kulturpass für Menschen mit niedrigen Einkommen – zugänglich gemacht und kulturelle Bildung und Kulturprojekte mit antifaschistischer und demokratischer Zielsetzung – besonders für Kinder und Jugendliche – ausgebaut werden;
- dass die Stadthalle, deren Umbau mehr als 40 Millionen Euro gekostet hat, durch eine entsprechende Struktur der Miet- und Ticketpreise für die ganze Stadtgesellschaft geöffnet und damit nicht nur profitorientierten Veranstaltern überlassen wird;
- dass Kulturschaffende stärker an Entscheidungen beteiligt werden und künstlerische Arbeit fair-gut bezahlt werden kann.

13. Feministische Stadtplanung

Frauen* und LGBTQIAs sind in unserer Gesellschaft immer noch benachteiligt, viel zu häufig machen sie Gewalterfahrungen. Das Bündnis gegen Femizide Göttingen macht darauf aufmerksam, dass Abwertung, Unterdrückung und Gewalt gegen Frauen alltäglich ist. Wir setzen uns für eine feministische Stadtplanung ein, die sich an den Bedürfnissen benachteiligter Bevölkerungsgruppen orientiert.

Einrichtungen wie zum Beispiel der Frauennotruf Göttingen e.V., das Frauenhaus oder Kore e.V., die Therapeutische Frauenberatung e.V. oder das Queere Zentrum und dessen Beratungsarbeit möchten wir stärken.

Wir haben als Linke Göttingen ein feministisches Programm für unsere Stadt beschlossen. Demnach wollen wir uns unter anderem dafür einsetzen:

- dass die Beratungs- und Hilfsangebote für Frauen und queere Menschen zuverlässig finanziert werden und Planungssicherheit bekommen;
- dass Beratung zu Unterhalt, Sorgerecht, Sozialleistungen und Wohnen gebündelt und leicht erreichbar sein muss;
- dass öffentliche Räume sicher sind: gute Beleuchtung, soziale Präsenz, barrierefreie Planung.
- dass Gehälter in städtischen Einrichtungen transparent gemacht werden; flexible Arbeitszeiten und -orte gefördert werden, damit Beruf und Fürsorge vereinbar sind;
- dass pflegende Angehörige Beratung und Entlastungsangebote direkt in den Stadtteilen bekommen und nicht erst, wenn es nicht mehr geht;

- 828
- 829
- 830
- 831
- 832
- 833
- 834
- 835
- 836
- 837
- 838
- 839
- 840
- 841
- 842
- 843
- dass Vergabe von städtischen Wohnungen an Alleinerziehende Priorität hat; Housing-First-Projekte insbesondere für wohnungslose FLINTA aufgelegt werden;
 - dass Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung – in Behörden, auf dem Wohnungsmarkt, in der Gesundheitsversorgung – aktiv verfolgt und geahndet wird;
 - dass öffentliche Räume, Parks, Sanitäranlagen und Spielplätze für alle nutzbar sind;
 - dass Sitzungen kommunaler Parlamente zu familienfreundlichen Zeiten stattfinden und Kinderbetreuung während der Sitzungen selbstverständlich ist;
 - dass ehrenamtliches Engagement auch für Alleinerziehende, Menschen in Teilzeit und ältere Frauen realistisch möglich ist.

14. Abschiebungen verhindern, Ankommen und Teilhabe fördern

Zuwanderung ist etwas Gutes. Wir wollen dafür sorgen, dass sie noch besser gelingen kann. Wichtig ist zum Beispiel eine sozial faire Verteilung von Kindern, für die Deutsch nicht die Muttersprache ist, auf alle Schulen in Göttingen. Je mehr Kinder in einer Klasse sind, für die Deutsch eine Fremdsprache ist, desto schwerer machen wir es ihnen, die Sprache zu lernen. Und alle, die zugewandert sind, müssen einen Deutschkurs besuchen können. Wir brauchen genügend Sprachlernklassen und Kursangebote für Erwachsene. Damit wir Menschen, die bei uns Schutz suchen, das Ankommen erleichtern, wollen wir Einrichtungen wie das Migrationszentrum Göttingen unterstützen. Das Jobcenter muss allen hier lebenden Menschen helfen, eine Erwerbsarbeit zu finden. Arbeit ist ein wichtiger Schritt bei der Ankunft und um aus Göttingen eine neue Heimat zu machen.

Wir werden uns dafür einsetzen:

- Abschiebungen zu verhindern;
- eine Willkommens- und Unterstützungskultur in kommunalen Behörden zu etablieren. Hierzu gehören auch durch neben Fort- und Weiterbildungen für Mitarbeiter*innen und verbindlichen Antidiskriminierungsrichtlinien auch Anträge in leichter Sprache;
- das Personal in der Ausländerbehörde und im Jobcenter aufzustocken, damit die Menschen nicht mehr so lange auf einen Termin warten müssen;
- dass Angebote der Kinder- und Jugendhilfe für geflüchtete Kinder und Jugendliche gestärkt werden;
- das das Migrationszentrum für Stadt und Landkreis

Kommentiert [KD15]: Änderungen nach Rücksprache mit Indira Khalikova und Patrick Mielke, vom Antragsteller übernommen

Göttingen und Angebote wie die AWO-Migrationsberatung ~~gesichert und ausgebaut werden~~ zu stärken und auszubauen;

- die psychosoziale Versorgung und Trauma-Hilfe unabhängig vom Aufenthaltsstatus auszuweiten. Das Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge e.V. und der Sozialpsychiatrische Dienst müssen gestärkt werden, damit traumatisierte Menschen professionell versorgt und nicht von einer Stelle zur nächsten geschickt werden;
- Angebote der Kinder- und Jugendhilfe für geflüchtete Kinder und Jugendliche zu stärken;
- dass ausreichend Sprachlernklassen und Sprachkurse kostenlos, flexibel und auch mit Kinderbetreuung angeboten werden – als Grundlage für Teilhabe, nicht als bürokratische Pflicht;
- dass ein schnellerer Zugang zu Arbeit, zur Anerkennung ausländischer Berufs- und Hochschulabschlüsse, zu Bildung und zu Sprachförderung sichergestellt wird;
- Angebote zur Beratung, Begleitung bzw. Betreuung sowie Dolmetschertätigkeiten, die Menschen in ihrem Alltag und bei der Ankunft in der Stadt unterstützen, verlässlich zur Verfügung zu stellen;
- antirassistische Projekte und Bildungsangebote zu unterstützen~~dass ein schnellerer Zugang zu Arbeit, Bildung, Sprachförderung sichergestellt wird.~~

15. Inklusive Stadt

Eine Stadt, die sich um alle sorgt und niemanden zurücklässt, muss auch aus dem Blickwinkel von Menschen mit Benachteiligungen gedacht werden. In der Stadtplanung muss Barrierefreiheit genauso selbstverständlich werden, wie bei Gebäuden und im Verkehr.

Dazu gehört auch, dass Bürgersteige und Wege an vielen Stellen zu eng sind, was z.B. für Rollstuhlfahrer*innen ein Problem ist. Außerdem sind Bordsteine häufig nicht abgesenkt.

Wir möchten außerdem die Beschäftigten der Göttinger Werkstätten in ihrer Forderung nach mehr Mitbestimmung unterstützen.

Wir fordern ein:

- **b**arrierefreie Zugänge zu Bildung, Kultur, Politik, Nahverkehr und öffentlichem Raum;
- **m**ehr bezahlbarer, barrierefreier Wohnraum;
- **Barrierefreiheit im ÖPNV garantieren:** abgesenkte Bordsteine, taktile Leitsysteme, rutschfeste Beläge und breite Gehwege.
- **gute Bezahlung in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und perspektivisch einen inklusiven Arbeitsmarkt sowie Unterstützung beim Wechsel in reguläre Jobs bzw. Inklusionsbetriebe;**
- **in diesem Sinne auch das Budget für Arbeit zu stärken;**
- Stärkung der Inklusionsbeiräte und der politischen Mitbestimmung.

Kommentiert [KD16]: Übernahmen nach Rücksprache mit Kristina Schulz

929 **Wem gehört die Stadt? – Für eine Stadt(entwicklung)**
930 **mit und für die Bürger*innen**

931

932 Wir wollen Initiativen und gute Ideen aus der Stadtgesellschaft
933 aufgreifen und unterstützen, wenn sie das Gemeinwohl stärken.
934 Ein gutes Beispiel ist die Initiative für ein Soziales Zentrum im
935 Waageplatz-Viertel. Das Soziale Zentrum wäre ein Ort, an dem
936 Menschen medizinisch und therapeutisch versorgt werden
937 können, an dem sie Sozialberatungen erhalten, wo kostenlose
938 Kinder- und Jugendangebote gemacht würden und Menschen
939 sich treffen und eine gute Zeit zusammen haben könnten. Das
940 Soziale Zentrum wäre selbstorganisiert und eng mit der Nach-
941 barschaft verbunden.

942 Wir wollen zudem die Mitbestimmungsmöglichkeiten der
943 Stadtgesellschaft in kommunalen Angelegenheiten stärken.
944 Hierzu gehört für uns die verbindliche Einführung von Stadtteil-
945 versammlungen und Bürger*innenräten, die Stärkung von Ju-
946 gendparlament, Senior*innenbeirat und Inklusionsbeiräten –
947 und eben auch die Anhörung und Beteiligung städtischer Be-
948 schäftigter.

949 Zu einem funktionierenden Alltag gehört aber auch, sich keine
950 Sorgen machen zu müssen. Das Leben muss bezahlbar sein. Ob
951 Wohnung, Mobilität, Kita, Bildung, Gesundheit oder Kultur –
952 Herkunft entscheidet nach wie vor über Möglichkeiten und Zu-
953 gänge, über politische und soziale Teilhabe.

954 Wir wollen das ändern. Mit den in den vorherigen Kapiteln ge-
955 nannten Vorschlägen, aber auch mit dem Pilotprojekt Stadtteil-
956 kantine, die wir einführen möchten. Denn für viele armutsbe-
957 troffene Göttinger*innen ist es keine Selbstverständlichkeit,
958 ausreichend Lebensmittel und eine warme Mahlzeit am Tag zu
959 haben. Immer mehr von ihnen greifen auf Angebote von der

960 Tafel zurück oder besuchen den Mittagstisch der St.-Michaels-
961 kirche. Diese Angebote von überwiegend Ehrenamtlichen sind
962 überaus wertvoll. Doch die Stadt sollte sich bemühen, sie über-
963 flüssig zu machen und einen Beitrag dazu leisten, allen Men-
964 schen einen Zugang zu einem gesunden, bezahlbaren Mittagges-
965 sen zu ermöglichen. Deswegen schlagen wir die Einrichtung öff-
966 entlicher Stadtteilkantinen vor, in der alle Bürger*innen eine
967 kostengünstige, gesunde Mahlzeit bekommen können, auf der
968 Grundlage von Lebensmitteln direkt aus der Region. Die Idee
969 folgt einem in Berlin diskutierten Beispiel und wäre ein Gewinn
970 für alle Beteiligten – und zugleich ein aktiver Beitrag gegen die
971 zunehmende Einsamkeit vieler Menschen. Zusammen ist man
972 weniger allein!

973

974 **Gerne kommen wir zu dieser und auch allen anderen Vor-**
975 **schlägen unseres Programms mit euch ins Gespräch. Wir ha-**
976 **ben eine Welt zu gewinnen, und am 13. September unsere**
977 **Stadt, unser Zuhause. Dafür lohnt es sich, zu kämpfen.**

978

979